

Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk

Ich darf Ihnen den Hinweis auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7514 geben.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Wüst das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Grob gesagt gibt es drei Varianten, einen Haushalt zu sanieren: Erstens: Kürzen und Streichen. Da kann man Ihnen auch als neutraler Beobachter wahrscheinlich nicht viel Aktivität vorwerfen.

Zweitens: Frisches Geld organisieren. Bei höheren Steuern sind Sie nicht zimperlich. Geld vom Bund fordern – es gibt kein wichtiges Thema, wo das nicht zum Repertoire gehört. Umverteilung zulasten anderer Länder – wenn es gerechtfertigt ist, sind wir da an Ihrer Seite.

Drittens: Wirtschaftliches Wachstum generieren, um mehr Einnahmen zu gewährleisten. Da ist bei Ihnen allerdings ziemlich Fehlanzeige. Selbst wenn „Kürzen und Streichen“ laufen würde und selbst wenn frisches Geld käme – die Schuldenbremse 2020, die Nettonullverschuldung, wird es ohne eine entsprechende Wachstumspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht geben können.

Sie wollen vordringlich das Geld anderer. Ich will, dass wir in Nordrhein-Westfalen so erfolgreich werden wie andere.

(Beifall von der CDU)

Seit dem Jahr 2000 hat Bayern einen Wachstumsvorsprung von mindestens 8 Prozentpunkten. Hätten wir dieses Wachstum, bräuchten wir in diesem Jahr über das Schuldenmachen nicht mehr zu reden. Wir hätten 3,2 Milliarden € mehr, und da wäre auch einiges für die Kommunen dabei. Allein diese Chance, diese Verheißung, müsste uns alle gemeinsam zu einem Wettbewerb um die besten Wachstumsideen anspornen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Nummer 12 zitieren. Auf Seite 43 heißt es:

„Die grundlegenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden auf europäischer und bundespolitischer Ebene gestaltet. Auf dieser Ebene gibt es annähernd gleiche Rahmenbedingungen in allen Bundesländern.“

Ein Satz von folgenloser Richtigkeit – das ist so. Aber wenn das nun einmal richtig ist, dann muss es

für unsere Wachstumsschwäche in Nordrhein-Westfalen auch hausgemachte landespolitische Gründe geben. Und jetzt kommen Sie mir bitte nicht wieder mit dem Strukturwandel von Kohle und Stahl, der vor 50 Jahren begonnen hat. Ja, das mag lange Zeit ein Grund gewesen sein, heute ist mir das als Argument alleine zu billig.

(Zuruf: Sie haben keine Ahnung von dem, was Sie reden!)

Die Ausgaben der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen für Forschung und Entwicklung liegen 41 % unter dem Schnitt. Und was machen Sie? Was haben Sie getan? Sie diskreditieren, Sie torpedieren die Zusammenarbeit von Universitäten und Wirtschaft.

Die Investitionen der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind zu gering. Hier werden nur 18 % des Bruttoinlandsprodukts investiert; in Baden-Württemberg sind es 20,7 % und in Bayern 23,7 %. Gerade die energieintensiven Unternehmen haben in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen nicht investiert, sie haben de-investiert. Und was tun Sie? Auf den EU-Zertifikatehandel, auf die Energiewende satteln Sie noch eine Landesklimatechutzpolitik obendrauf. Das sind nur zwei Beispiele für landespolitischen Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung.

Zum Schutz haben Sie sich dann ein Kriterium gesucht, wo wir mal nicht hinten liegen: Wir belegen Platz 2 bei den ausländischen Direktinvestitionen. Das ist gut. Die Frage ist jedoch: Kann man sich darauf ausruhen, oder sollte man auch da genauer hinschauen? – Sie werden es ahnen: Genauer hinschauen lohnt sich. Wenn man bei ausländischen Investitionen, die in Deutschland schon investiert sind, fragt, wie zufrieden sie am Standort sind, halten 24 % Bayern für besonders attraktiv, und nur 5 % Nordrhein-Westfalen. Auch hier sind wir also schwer herausgefordert.

Im Haushalt findet man kaum Impulse für Wachstum, und wenn, dann nur besonders kleine.

Eine etwas größere Hausnummer findet sich aber bei meinem Lieblingsthema Tariftreue- und Vergabegesetz. 425.000 € für eine Evaluation, von der wir alle – jedenfalls fast alle – doch heute schon wissen, was dabei herauskommt. Wir hatten eine Anhörung nach der anderen; alle Vorschläge liegen auf dem Tisch. Diese Evaluation ist unnötig. Das Gesetz muss weg!

(Beifall von der CDU)

Und wenn man nicht die Kraft hat, es zu eliminieren, dann sollte man es wenigstens auf Grundlage der vorliegenden Vorschläge entschlacken.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Vorschläge!)

– Nein, nein, Herr Schmeltzer, nicht unserer Vorschläge, sondern der Vorschläge der kommunalen Familie

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die kommunale Familie sieht das aber anders!)

und der Vorschläge der organisierten Wirtschaft. Ich mache mir beide gerne zu eigen.

Wenn man Nordrhein-Westfalen stärker auf den Wachstumspfad bringen will, ist der erste Punkt die Deregulierung, also unnötigen Ballast abwerfen: Tarifreuevergabegesetz weg, Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan weg, ein LEP mit Raum für Wachstum, Vorlage eines Hochschulgesetzes mit mehr Freiheit für die Hochschulen, Verbandsklagerecht weg, etc. pp. – Das ist der erste Teil, und das ist alles sattem bekannt.

Wer Wachstum will, muss aber auch die Zukunft erkennen und in sie investieren. Breitband ist der Wachstumstreiber Nummer eins im Bereich der Infrastruktur. Wandelt man 10 % der Anschlüsse von langsame in schnelle Anschlüsse um – so sagt das ifo-Institut –, kann man bis zu 1,5 Prozentpunkte zusätzliches Wachstum generieren. 30 % der Haushalte und Unternehmen verfügen bisher nicht über schnelles Internet, nicht über Breitband. Da ist Potenzial, da liegt die Chance für zusätzliches Wachstum, wenn man diese Investitionen in Nordrhein-Westfalen auslösen kann.

Fachleute sagen uns: Um die Wirtschaftlichkeitslücken in den etwas abgelegenen Regionen zu schließen, wäre ein mittlerer dreistelliger Millionenbetrag notwendig. Was tun wir? Was tun Sie, um diese Lücke zu schließen? Bis zum Jahr 2020 werden 70 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Dass Bayern 2 Milliarden € liefert – aus eigenem Geld, durch ein von der EU zertifiziertes Sonderprogramm –, ist mittlerweile Allgemeingut. Die Versorgungsquote ist in Bayern aber nicht deutlich schlechter als bei uns, sondern sie liegt nur knapp hinter uns. Und ich prophezeie: Wenn wir in fünf oder zehn Jahren über dieses Thema diskutieren oder unsere Nachfolger das tun, dann wird Bayern uns auch in diesem Bereich abgehängt haben.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Dann wird man dort den nächsten Schritt der industriellen Entwicklung gemacht haben, und wir hecheln wieder hinterher. So viel zum Thema „Landespolitik hat keine Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum“.

(Beifall von der CDU)

Wenn Nordrhein-Westfalen zu alter Stärke kommen will, dann muss es klare Prioritäten für Wirtschaftswachstum setzen. Es reicht nicht, Unternehmertage zu boykottieren, wie es die SPD-Fraktion jetzt Anfang der Woche in Duisburg getan hat. Sie müssen sich schon der Realität stellen und aus der Wohlgefühlzone herauskommen.

Der Einzelplan 14 gibt all das nicht her, und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Eiskirch das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kleinmut in der Argumentation der CDU und die gebeugte Haltung dem eigenen Bundesland gegenüber werden der Bedeutung Nordrhein-Westfalens nicht gerecht.

NRW ist in Deutschland das starke Industrie- und Wirtschaftsland schlechthin. Mit über 600 Milliarden € erwirtschaftet NRW knapp 22 % des deutschen Bruttoinlandsproduktes und liegt damit ganz deutlich an der Spitze aller Bundesländer. Das allein aber macht es nicht, sondern Nordrhein-Westfalen liegt auch im weltweiten Vergleich auf Rang 19, gleichauf mit den Niederlanden und vor allem vor europäischen Staaten wie Schweiz, Schweden, Norwegen, Polen oder Belgien.

Das zeigt die Potenz, die wirtschaftliche Bedeutung und die wirtschaftliche Kraft Nordrhein-Westfalens. Ich finde es wenig hilfreich, immer so zu tun, als wäre dies ein Bundesland im Niedergang. Ganz im Gegenteil, es ist ein Bundesland voller wirtschaftlicher Kraft.

Nordrhein-Westfalen ist in ganz wesentlichen Zukunftsfeldern gut positioniert. Es hat im verarbeitenden Gewerbe mit 42 % eine überdurchschnittliche Exportquote. NRW ist mit über 27 % Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen bundesweit – im Vergleich zu allen 16 Bundesländern – Spitzenreiter. Wir sind übrigens die Nummer eins bei vielen, die in diesen Standort investieren. Das gilt für Japan, China, Frankreich, die Niederlande, die USA und viele andere Länder auch. Das heißt, diese anderen Länder bzw. Nationalstaaten erkennen die Bedeutung Nordrhein-Westfalens. Nordrhein-Westfalen wird es verkraften, wenn dies der CDU nicht gelingt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es mir vorhin sogar in der richtigen Reihenfolge aufgeschrieben:

Erstens. Die Opposition im Landtag von Nordrhein-Westfalen erstellt keine eigenen Konzepte zur Wirtschaftspolitik, sondern sie ergeht sich hier seit Jahren in einer Jammertrias – einer Jammertrias aus Klimaschutzgesetz, Tarifreue- und Vergabegesetz sowie Landesentwicklungsplan. Das kann hier schon fast keiner mehr hören, weil es nie konkrete Vorschläge, sondern ausschließlich Gejammer gibt. Das ist wenig konstruktiv.

(Beifall von der SPD)

Wir würden von Ihnen eigentlich eine Jubeltrias zum Mittelstandsgesetz mit Clearingstelle erwarten.

(Lachen und Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ja, ich sage Ihnen das! Wie gerne hätten manche von Ihnen das selbst umgesetzt. Es ist Ihnen während Ihrer Regierungszeit nicht gelungen, Kolleginnen und Kollegen. Kollege Wüst, wir haben noch vor drei Wochen zusammen an einem Tisch darüber gesprochen. Das will ich jetzt gar nicht genau erzählen. Ich weiß aber doch, dass die CDU gerne selber ein Mittelstandsgesetz dieser Güte vorgelegt hätte.

Zweitens. Wir sind – das hat die SPD übrigens in Ihrer Oppositionszeit konzeptionell angelegt – stolz, dass wir die Handwerksinitiative durchgesetzt haben. Von Ihnen gibt es dazu bis heute nichts Konstruktives.

(Beifall von der SPD)

Das Dritte Ihrer Jubeltrias müsste eigentlich sein, dass wir das Zielabweichungsverfahren in Datteln organisiert haben, was Sie vorher vor die Wand gefahren hatten.

(Beifall von der SPD)

So etwas erwarte ich, wenn Sie über Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen sprechen. Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind und da nicht über Ihren Schatten springen können, wäre es das Mindeste, dass Sie die Zeit in der Opposition nutzen – ich will gar keine Hilfestellung geben; hinterher nutzt es noch etwas –, Konzepte vorzulegen und zu konkreten Politikfeldern einmal zu sagen, wie es dort denn aussehen müsste. Ich kann Ihnen nur sagen: Das hilft ungemein. Sie aber legen gar nichts vor. Sie motzen und meckern. Sie sind eine Motz- und Meckeropposition ohne jedes Konzept in der Wirtschaftspolitik, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU:
Oh! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Nein, das war bei uns – ich will Ihnen das ganz offen sagen – ganz anders.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU)

– Nein. Ich nehme einmal an, dass das eine Zwischenfrage war. – Als wir in der Opposition waren, haben wir die Handwerksinitiative konzeptionell erarbeitet, und wir haben hier zu den Themen EFRE und Ziel 2 deutlich gesagt, dass es in der neuen Periode, wenn wir wieder an der Regierung sind, anders aussehen muss. Und es sieht auch anders aus.

(Beifall von der SPD – Ralph Bombis [FDP]:
Ohne Breitband!)

Ich komme zu dem, was den Landeshaushalt an der Stelle in Bezug auf seine Themen prägt. Die

Wirtschaftspolitik folgt dem Leitgedanken der Vorausschau. Ich will Ihnen – als Bochumer fällt mir das besonders leicht – Folgendes sagen: Wir haben gestern die Übergabe des Förderbescheides in Höhe von 32,2 Millionen € für das erste Drittel der Werksfläche von Opel I in Bochum erlebt. Das ist ein erstes Zeichen. Außerdem ist es, glaube ich, ein Grundsatz vorausschauender Politik, den man auch an anderen Stellen im Blick haben sollte, wo etwas passiert. Das ist nicht so, weil da plötzlich Geld vorhanden ist, sondern weil wir im Gegensatz zu allen anderen Krisensituationen, als es eng bei Opel wurde – Opel ist ein landesweites Thema, Sie haben es auf jede Sitzung des Wirtschaftsausschusses setzen lassen –, nicht erst reagiert haben, als es zu spät war.

Wir haben nicht gesagt, wir jammern, sondern: Wir haben großes Verständnis für alle diejenigen, die dort ihren Arbeitsplatz verlieren, aber wir müssen die Zeit nutzen und uns möglichst früh Gedanken darüber machen, welche Perspektiven man einer Stadt, einer Region und auch den Menschen dort geben kann. Deswegen ist es das Verdienst von Garrelt Duin – er war damals übrigens sehr mutig; ich kann mich an die Diskussionen erinnern, die wir vorher darüber geführt haben – zu einem Zeitpunkt, wo viele der Meinung waren, dass man damit so nicht umgehen kann – das war natürlich eine emotional schwierige Situation –, zu sagen: Wir fangen jetzt an, uns Gedanken über die Zukunft zu machen.

Das führt nämlich jetzt dazu, dass man, wenn Opel nächste Woche wirklich das letzte Auto vom Band rollen lässt und damit beginnt, die Werkshallen, zumindest das Interieur, abzubauen, schon Pläne in der Schublade liegen hat, was man tun möchte. Das ist verantwortungsvolle und vorausschauende Wirtschaftspolitik, weil es den Menschen, den Städten und Regionen Perspektiven eröffnet und sie nicht ins Dunkle fallen lässt, Kolleginnen und Kollegen. – Herzlichen Dank noch einmal an dieser Stelle!

(Beifall von der SPD)

Vorausschauende Wirtschaftspolitik heißt aber auch, sich mit den Themen der Zukunft auseinanderzusetzen. Das bedeutet, das Thema „Industrie 4.0“ in den Blick zu nehmen – und zwar nicht als Schlagwort, sondern sehr konkret.

Was sind die Punkte, bei denen gesellschaftliche Relevanz vorhanden ist, um Voraussetzungen zu schaffen? Das sind zum Beispiel bei der Industrie 4.0 die Themen „Datensicherheit“ und „Arbeitnehmerrechte“.

Vorausschauende Wirtschaftspolitik, um einen zweiten Schwerpunkt des Haushalts von Minister Duin zu benennen, betrifft die Ressourcenwirtschaft und die Außenwirtschaft. Das ist übrigens einer der Bereiche, in denen das Land Akzente setzen kann und

dies auch tut. Ich habe das auch schon am Beispiel der Direktinvestitionen verdeutlicht.

Klar ist aber auch – das habe ich bereits zu Oppositionszeiten der Ehrlichkeit halber gesagt, und das sage ich auch jetzt –: Die Wirtschaftspolitik wird nicht durch das Geld des Landes entschieden. Das muss man konstatieren. Das ist nicht die Antwort auf die entscheidende Frage, ob Nordrhein-Westfalen zu den Gewinnern oder zu den Verlierern in diesen Bereichen gehört.

Das wird dadurch entschieden, ob Unternehmen in diesem Land – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – die Chance haben, sich positiv zu entwickeln, und ob sie das Gefühl haben, dass sie mit sich, ihren Produkten und ihren Herausforderungen in diesem Land willkommen sind. Das sind sie für uns von der Sozialdemokratie, und das sind sie für uns von der Koalition. Der Haushalt setzt dazu die richtigen Rahmenbedingungen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich bin übrigens davon überzeugt, dass der Haushalt die richtigen setzt. Sie wissen das auch. Deswegen haben Sie immer nur die Jammertrias von irgendwelchen anderen Geschichten angeführt. In den nunmehr neun Jahren, die ich hier bin, habe ich es nie in einem Wirtschaftsausschuss erlebt, dass die Opposition gar keine Kritik am vorgelegten Einzelplan an irgendeiner Stelle geübt hat und üben konnte. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bombis das Wort.

Ralph Bombis (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Noch vor kurzer Zeit war die Stimmungslage in unserem Land ausgesprochen gut. Trotz der internationalen Krise erwies sich unsere Wirtschaft als ausgesprochen stabil. Das war nicht zuletzt auch der industriellen Struktur unserer Wirtschaft geschuldet.

In den letzten Monaten hat sich bedauerlicherweise die Stimmung deutlich eingetrübt. Sie wurde immer schlechter, und auch trotz einer kurzen Aufhellung vor Weihnachten geben die Aussichten Anlass zur Sorge, weil insbesondere auf Bundesebene die Weichen falsch gestellt werden.

Die großkoalitionären Belastungen der Sozialkassen und damit auch der Betriebe durch die Mütterrente und die Rente mit 63 tragen dazu bei – genauso wie die weitergehende Überförderung der erneuerbaren Energien, steigende Belastungen der Bürger durch die kalte Progression, der Wortbruch beim Soli oder die Rückabwicklung von Arbeitsmarktreformen. Das alles führt zu einem Abwürgen

der Konjunktur, wie es kürzlich im Herbstgutachten auch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute festgehalten haben.

Umso wichtiger wäre es, dass wir hier im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit einer starken Wirtschaft und vielen fähigen und fleißigen Menschen diesem Trend etwas entgegensetzen und dass wir die Weichen so stellen, dass die Rahmenbedingungen positiv sind und die gute Stimmung in den Unternehmen dazu führt, zusätzliche Investitionen vorzunehmen.

Wie ist die Lage tatsächlich? Nordrhein-Westfalen weist ein erhebliches Wachstumsdefizit auf. In der Langzeitbetrachtung ist das genauso wie in der kürzeren Betrachtung, die hier noch entscheidender ist. Seit dem Ende der schwarz-gelben Regierungszeit ist unser Land von Platz drei unter den westdeutschen Flächenländern auf den drittletzten Platz gefallen. Im letzten Jahr war Nordrhein-Westfalen sogar auf dem vorletzten Platz; nur noch das Saarland befand sich hinter uns.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Großartig!)

Das ist nicht nur Statistik, meine Damen und Herren. Einem Bürger in Nordrhein-Westfalen bringt das konsequent negative Auswirkungen. Beim Durchschnittseinkommen stehen einem Nordrhein-Westfalen mehrere Hundert Euro weniger zur Verfügung als einem Bürger, der zufällig in Bayern, Hessen oder Baden-Württemberg lebt. Hier ist also viel Raum für eine Landesregierung, Dinge zu verbessern.

Doch was passiert in Wahrheit? Diese rot-grüne Regierung schwächt den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen weiter.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und, meine Damen und Herren, das passiert in erster Linie aus ideologischen Gründen. Ich will das an einigen Punkten kurz verdeutlichen. Natürlich haben Sie auch bei mir schon lange und sehnsüchtig darauf gewartet – ich bin davon überzeugt –: Das passiert unter anderem durch ein völlig unsinniges und unwirksames Tariftreue- und Vergabegesetz.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ah ja! – Thomas Eiskirch [SPD]: Der Untergang des Abendlandes! – Gegenruf von Dr. Joachim Stamp [FDP]: Dann sprechen Sie mal mit den Unternehmen! – Gegenruf von Rainer Schmelzer [SPD]: Machen wir! – Weitere Zurufe)

Ich wiederhole mich da gerne: Natürlich sind die Ziele, die in diesem Gesetz beschrieben sind, zu begrüßen. Sie sind wahrscheinlich auch von der Mehrheit in diesem Haus getragen, aber sie sind eben im Vergaberecht völlig falsch angesiedelt; das müssen Sie doch einsehen. Sie belasten Menschen, Betriebe und Kommunen. Das ist einfach nur Bürokratie. Dieses Gesetz gehört abgeschafft.

Meine Damen und Herren, ich sage auch in Richtung der Union, die diesen Antrag neulich gestellt hat: Es ist auch durch eine Evaluation nur dann zu retten, wenn Sie dieses Gesetz bis zur Unkenntlichkeit aushöhlen. Schaffen Sie es ab!

(Beifall von der FDP)

Bekennen wir uns gemeinsam zu den Zielen des Gesetzes, aber schaffen Sie es auf Landesebene ab, und verfolgen Sie die Ziele auf der europäischen Ebene!

Ein zweites Beispiel ist das Klimaschutzgesetz. In unserem Land werden industrielle Strukturen völlig unnötigerweise belastet, um anderswo gleichzeitig alte, umweltschädliche Strukturen in der Industrie zu erhalten. Wir verteuern die Rahmenbedingungen hier, und wir vergünstigen sie anderswo für alte Anlagen. Das ist nicht nur kein Klimaschutz, sondern das ist völlig idiotisch, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Das alles geschieht nur deshalb, damit die Grünen in NRW ein Prestigeobjekt haben. Anders ist im Übrigen auch die völlig zur Unzeit und ohne Not erfolgte energiepolitische Festlegung in Sachen Garzweiler nicht zu erklären. Hier werden auf dem Altar der Koalition Zukunftsoptionen unseres Bundeslandes und vor allem Perspektiven der Menschen im Rheinischen Revier geopfert.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Perspektiven auf Umzug, oder was?)

Hiergegen hätte ich mir ein deutliches Signal vom Wirtschaftsminister dieses Landes gewünscht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Gleiches lässt sich für den Landesentwicklungsplan sagen. Sein erster Entwurf lässt für die industriellen Perspektiven in diesem Land Böses ahnen. Auch hier sollte der Wirtschaftsminister gegenhalten, und zwar nicht, indem einfach nur beruhigend wirtschaftsfreundliche Positionen formuliert werden, sondern indem die Landesregierung diese Positionen konkret übernimmt.

Als drittes Beispiel ist die Breitbandversorgung angesprochen worden. Nur damit wir uns nicht falsch verstehen, sage ich: Auch wir wissen, dass der Landeshaushalt keine großen Sprünge für Fördermittel in Aussicht stellen kann und dass viel durch private Initiativen erreicht werden muss.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Nein. – Aber statt alles dafür zu tun, dass statt einer Verankerung einer diffusen „sozialen Vorbeugung“ in der EFRE-Kulisse ein wichtiges und fraktionsübergreifend anerkanntes Thema als Förderprogramm auf der europäischen Ebene ermöglicht wird,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Blenden Sie nicht immer aufs Neue! – Thomas Eiskirch [SPD]: Haben Sie im Wirtschaftsausschuss nicht zugehört?)

was Opposition und Experten gefordert haben, sagt der Wirtschaftsminister: Nein, ich tue hier nichts weiter. – Das ist ein Punkt, meine Damen und Herren, der ein wirklich fahrlässiges Versäumnis darstellt. Hier werden wir in den kommenden Jahren zurückfallen.

(Beifall von der FDP)

Diese insgesamt vor allem ideologische Ausrichtung führt dazu, dass Sie auch im Haushalt nicht ordentlich einsparen. Das wiederum führt dazu, dass Sie an anderer Stelle Gelder generieren müssen. Sie rufen nach dem Bund, aber Sie versuchen auch durch immer neue Abgaben und Belastungen die Bürger und die Unternehmen in diesem Land zu belasten.

Beispiel ist die gerade erst angedachte Einführung von Gebühren auf Lebensmittelkontrollen, die die Wirtschaft belasten und die auch unter Fachleuten wie den Lebensmittelkontrolleuren selber als Unsinn bezeichnet werden. Die wiederholte Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist nun wirklich ein ganz aktuelles Beispiel dafür, wie Sie eben nicht nur junge Familien, sondern auch Unternehmen belasten. Die Bauindustrie, die auf Bundesebene wächst, schrumpft hier im Land Nordrhein-Westfalen, und sie wird dadurch zusätzlich belastet. Das ist der falsche Weg – ganz konkret im Haushalt, Herr Eiskirch.

(Beifall von der FDP)

So verfestigt man Wachstumsschwäche, und so schafft man kein Innovations- und Investitionsklima. Es werden langfristig Betriebe aus unserem Bundesland vertrieben. Das erkennt man im Übrigen daran, dass in der Industrie die Reinvestitionsquote unter der Abschreibungsquote liegt. Das muss ich Ihnen doch wohl nicht erklären. Das bedeutet, dass wir in diesem Land auf dem Weg einer schleichenen Deindustrialisierung sind. Dagegen müssen wir uns, dagegen müssen Sie sich als Wirtschaftsminister wenden.

Was wäre zu tun? – Wir müssen Wachstumsbremsen in diesem Land lösen. Es geht natürlich um Bürokratie. Es geht natürlich darum, nicht nur das Tarifreue- und Vergabegesetz, sondern auch Ladenschlussklauseln, die völlig überflüssigerweise eingeführt worden sind, oder andere Verbote wieder abzuschaffen. Es gehört auch dazu, bestehende Bürokratie nicht nur abzuschaffen, sondern auch zu verhindern, dass neue aufgebaut wird. Die Befristung von Gesetzen und Verordnungen ist dazu ein gutes Mittel. Ein Normenkontrollrat wäre ein weiterer Punkt auch auf Länderebene.

Wir wollen außerdem Impulse für Innovationen und auch für Investitionen setzen, damit neue und mehr Beschäftigung entsteht. Wir sind klar der Auffassung – wie Sie, Herr Minister, das auch immer formuliert haben –, dass Unternehmensgründungen gefördert werden müssen. Wir fassen darunter übrigens auch, dass junge Unternehmer die Nachfolge in Unternehmen antreten, die bereits bestehen. So können sie eine neue Dynamik entfachen, so können sie auch soziale Durchlässigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft garantieren, Aufstiegschancen generieren.

Ausgerechnet wir in Deutschland als innovationsbasierte und rohstoffarme Volkswirtschaft hängen dieser Gründungskultur deutlich hinterher. Ich sage Ihnen: Es geht auch darum, Menschen hier eine Geisteshaltung zu vermitteln. Es geht darum, eine Atmosphäre zu schaffen, die sie letztlich motiviert, Unternehmen zu gründen oder zu übernehmen. Deswegen wäre gerade die Vermittlung von Inhalten von Unternehmertum und von Wirtschaft in Schulen, Berufsschulen und Universitäten dringend notwendig.

(Beifall von der FDP)

Ein solcher Unterricht wird auch von allen Beteiligten gewünscht: von Lehrern, von Schülern, von Eltern. Nur: Ein klares Bekenntnis dazu habe ich vom Wirtschaftsminister nicht gehört.

Meine Damen und Herren, es wären noch viele Punkte zu nennen, etwa der Landesentwicklungsplan, der auch zukünftig eine industrielle Expansion in diesem Land möglich machen muss. Aber ich sage Ihnen vor allem, dass diese Aspekte „Wachstumsbremsen lösen“, „Impulse für Innovation“ und „wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen“ sich auch in dem Haushalt des Wirtschaftsministers entsprechend widerspiegeln müssen. Das ist für uns leider nicht zu erkennen.

Wir erkennen durchaus an, dass der Einzelplan 14 durch die Bindung von erheblichen Mitteln für die Steinkohlesubventionen nicht besonders flexibel ist.

Aber dieser Einzelplan 14 zeigt eben auch im Kleinen, so wie der gesamte vorgelegte Landeshaushalt es zeigt, dass die Landesregierung nicht willens ist, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik wirklich zu betreiben. Sie haben eine Prosa, die sich immer gut anhört. Sie identifizieren neue Leitmärkte. Dazu sagen wir: Das ist grundsätzlich richtig. Sie machen große Worte in Richtung Breitbandversorgung. Wir sind damit einverstanden. Wir erwarten nur dann auch konkrete Maßnahmen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Verzeihung ...

Ralph Bombis (FDP): Ich komme gleich zum Schluss. – Sie betonen die Leistungsfähigkeit von Industrie und Mittelstand. Da sind wir auch d'accord.

Es folgen maximal aber symbolische Taten: ein runder Tisch hier, ein bisschen symbolische Förderung von Genossenschaftswesen dort. Auch diese symbolischen Taten werden jedoch wie beschrieben mehr als konterkariert. Dieser Haushalt bringt keine Innovation, keine Ideen, um das Wachstumsdefizit zu beheben. Er bringt keine Aufbruchstimung.

Meine Damen und Herren, wir können einem solchen Haushalt leider nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Schneckenburger das Wort.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Man hat manchmal den Eindruck, dass die Lautstärke im umgekehrt proportionalen Verhältnis zum wirtschaftspolitischen Ideenreichtum des einen oder anderen Redners steht, Herr Bombis.

(Zurufe von der FDP)

Für Sie gilt an dieser Stelle wirklich: Und ewig grüßt das Murmeltier.

(Zurufe von der FDP – Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Das sehe ich aber jetzt auch!)

Das Tariftreue- und Vergabegesetz ist sozusagen das Murmeltier, das Sie an der Stelle immer wieder hier auferstehen lassen.

Das, was Sie eben vorgetragen haben, zeigt, dass die konsequenteste Innovations- und Imagebremse für Nordrhein-Westfalen die FDP ist, Herr Bombis. Ihre größte Stärke besteht darin, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schlechtzureden. Das haben Sie im Grunde genommen die ganze Zeit getan. Sie zeichnen ein Zerrbild des Wirtschaftsstandortes. Sie zeichnen wirklich ein Zerrbild der Situation der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

Ich will Ihnen das einmal nur für die Außenwirtschaft darstellen: Bilanz des Jahres 2014: 2.000 Arbeitsplätze mehr in Nordrhein-Westfalen durch Neuan siedlung von Unternehmen. Es kommen Unternehmen hierher, weil sie wissen, dass Nordrhein-Westfalen ein starker Wirtschaftsstandort ist, weil sie wissen, dass sie hier Kooperationsstrukturen haben, weil sie wissen, dass es wichtig ist, im bevölkerungsreichsten Bundesland der Bundesrepublik mit einem eigenen Unternehmen präsent zu sein.

Wir liegen in der Mitte Europas. Unser stärkster Handelspartner sind die Niederlande. Wir haben hervorragende Ausgangsbedingungen. Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort, und

er kann auch auf eine weitgehend gute und gesunde Wirtschaftsstruktur mit kleinen und mittelständischen Unternehmen verweisen. Die haben auch dafür gesorgt, dass Nordrhein-Westfalen Kurs gehalten hat, auch unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir wollen diese Stärke unseres Landes ausbauen, wir wollen neue Impulse setzen.

Natürlich ist es auch so, dass es Probleme gibt. Sie bestreiten – das hat Herr Laschet neulich getan, und Herr Wüst hat das hier wiederholt –, dass der Strukturwandel für Nordrhein-Westfalens wirtschaftspolitische Situation noch eine Rolle spielt. Ich will Sie, Herr Wüst, von dieser Stelle aus gerne vom Münsterland aus zu einer Reise durch das Ruhrgebiet einladen, damit Sie einmal sehen können, was es bedeutet, wenn eine Region in den vergangenen 20 Jahren 100.000 Arbeitsplätze verloren hat und diesen Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen kompensieren muss.

Dann hier zu sagen: „Das spielt doch keine Rolle mehr. Schaut doch einmal hin. An den Arbeitslosenzahlen im Ruhrgebiet seid allein ihr schuld. Die haben nichts mit den strukturpolitischen Problemen der Vergangenheit zu tun.“, das finde ich wirklich blindäugig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Impulse für Wachstum und Beschäftigung gibt es, Herr Bombis, nur durch Innovation. Innovation heißt aber heute für Unternehmen vor allen Dingen, dass sie in der Lage sein müssen, mit der schwieriger gewordenen Situation im Energiebereich umzugehen, und zwar mit der Tatsache, dass fossile Energieträger nicht unendlich und auch nicht immer für denselben Preis zur Verfügung stehen. Deswegen ist es richtig, energiepolitisch auf erneuerbare Energien zu setzen. Deswegen ist es richtig, auch die Rahmenbedingungen entsprechend auszugestalten, nicht nur, weil es um CO₂-Einsparungen geht, sondern weil es am Ende um die Innovationsfähigkeit und die Überlebensfähigkeit unserer Unternehmen im globalen Wettbewerb gehen wird.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Wer hat denn dafür gesorgt, dass Windenergie ein Exportschlager geworden ist? Wer hat das in den vergangenen Jahren vorbereitet? Das waren doch genau die deutschen Unternehmen, die erkannt haben, dass darin auch eine Wertschöpfungsmöglichkeit liegt.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Im Gegensatz zu NRW!)

Im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums stellt die Landesregierung 545 Millionen € aus eigenen Mitteln zur Kofinanzierung europäischer Förderprogramme zur Verfügung. Zusammen damit haben wir ein großes Programm, das dazu dient, die Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen weiter

voranzutreiben und die Unternehmen bei der wichtigen Anpassung an den globalen Wettbewerb zu begleiten. Das ist eine große Kraftanstrengung für einen Landeshaushalt. Sie ist richtig, sie ist sinnvoll, um die Mittel der Europäischen Union zu ergänzen und die Wirtschaft in unserem Land vielfältig zu unterstützen.

Ich will noch einige andere Punkte nennen, die deutlich machen, welche Schwerpunktsetzungen es in diesem Einzelplan gibt. Der Wirtschaftsminister hat einen Beauftragten für die digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen eingesetzt und damit auch ein ganz deutliches Zeichen für die Bedeutung dieses Themas in Nordrhein-Westfalen gesetzt. Es wäre sehr interessant, einmal in die Haushalte der Jahre 2005 bis 2010 zu schauen, um zu erkennen, was Sie eigentlich in die digitale Infrastruktur dieses Landes investiert haben, wo Sie vorgearbeitet haben. Da wird man wenig sehen. Wir setzen also einen Schwerpunkt auf die digitale Wirtschaft.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir auf Projekte der CSR, Corporate Social Responsibility, das heißt des verantwortlichen Wirtschaftens.

Und wir setzen vor allen Dingen einen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Genossenschaften. Das sind kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die nicht nur eine hohe Insolvenzsicherheit haben, die nicht nur regionale Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen befördern, sondern die auch Partner und Akteure in der Energiewende sind. Da ist es entscheidend wichtig, dass es jetzt gelingt, auch das Geschäftsmodell von Energiegenossenschaften, die die Energiewende vorangetrieben haben, in Nordrhein-Westfalen an die veränderten Ausgangsbedingungen des EEG anzupassen.

Dazu wollen wir mit einer neuen Haushaltsstelle, mit einem Angebot an die Genossenschaften in Nordrhein-Westfalen, beitragen. Denn es muss hier um Direktvermarktung von erneuerbarer Energie gehen, beispielsweise die Bildung von Dachgenossenschaften. Es kann aber auch um die Unterstützung von Genossenschaften bei der energetischen Entwicklung von Quartieren, bei dem gemeinsamen Betrieb von Blockheizkraftwerken gehen. Dafür gibt es Beispiele in Nordrhein-Westfalen. Hier ist Beratung und Begleitung notwendig.

Das Feld ist in Bewegung. Wir wollen, dass die Genossenschaften im Land unabhängig von ihrem Betätigungsfeld wissen, dass das Land an ihrer Seite ist und sie unterstützt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und hinter den Bildschirmen! Während in Bochum am Freitag der letzte Opel vom Band läuft, kündigt E.ON an, seine konventionelle Kraftwerkssparte abzustoßen. Stattdessen will man sich auf erneuerbare Energien konzentrieren. Diese beiden unternehmerischen Entscheidungen sind beispielhaft für den tiefgreifenden Strukturwandel, den wir derzeit erleben.

Während wir den alten Strukturwandel, also den schwindenden Einfluss von Kohle, Stahl und klassischer Industriefertigung, in Nordrhein-Westfalen noch nicht einmal vollständig verkraftet haben, drohen wir bereits bei der nächsten Herausforderung, nämlich der digitalen Revolution, der Transformation zur Informationsgesellschaft, ins Hintertreffen zu geraten. Auch das lässt sich am Haushalt ablesen.

Das Budget der gesamten Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen ist nur ein paar Prozentpunkte größer als die Mittel, die für den Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau verwendet werden. Wir beschäftigen uns mehr mit der Vergangenheit als mit der Zukunft! Den regierenden Politikern ist die Beerdigung des Steinkohlenbergbaus dreißig Mal mehr wert als die Förderung der Zukunftsinfrastruktur, nämlich des Breitbandausbaus. Dass das Haushaltspöstchen „Förderung der digitalen Wirtschaft“ mit 150.000 € im Promillebereich des Gesamthaushalts liegt, muss ich wohl nicht erwähnen.

Obwohl Herr Minister Duin einen Schwerpunkt seiner Politik bei der Förderung der digitalen Wirtschaft sieht, passiert sehr wenig. Man merkt, dass das Umdenken auf den Wandel zur Informationsgesellschaft schwerfällt und die in Jahrzehnten gewachsene klassische Wirtschaftsförderung immer noch dominant ist.

Frau Schneckeburger, es ist eben nicht erkennbar, an welcher Stelle der Schwenk zur Förderung digitaler Wirtschaft stattgefunden haben soll.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das hätten Sie vorausgesehen!)

Wir hatten Sie vor inzwischen zwei Jahren aufgefordert, den Breitbandausbau zur Chefsache zu machen. Eine zeitgemäße Breitbandinfrastruktur gehört zur materiellen Daseinsvorsorge und ist gerade für ländliche Regionen wichtig, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu garantieren.

Herr Eiskirch, wir jammern eben nicht nur. Wir haben sehr konkrete Vorschläge vorgelegt, zum Beispiel zu diesem Punkt. Sie haben sie aber grundsätzlich einfach vom Tisch gefegt.

Es wurde ein runder Tisch einberufen. Mittlerweile haben wir ja das Jahr 2014. Er hat Handlungsempfehlungen formuliert. Au weia! Wenn man sich diese Handlungsempfehlungen anschaut, sieht man vor allem leere Floskeln – zum Beispiel die Empfehlung,

Gespräche mit regionalen Ansprechpartnern zu suchen. Der Minister setzt ein großes Beratungsgremium ein. Dieses Gremium empfiehlt ihm dann, mit regional Verantwortlichen zu sprechen. Das klingt mehr nach Verzögerungstaktik als nach Aufbruch.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch die letzte Handlungsempfehlung – nämlich, sich der regulierungs- und ordnungsrechtlichen Fragen anzunehmen – ist ja nicht falsch. Allerdings hätten längst die Antworten auf diese Fragen gefunden und entsprechend umgesetzt werden müssen. Ich frage mich: Sollen die ganzen beratenden Gremien und Sonderbeauftragten, die der Wirtschaftsminister eingesetzt hat, mangelnden politischen Willen ersetzen?

Wir fordern, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht wird und nachhaltige Impulse für den Breitbandausbau in NRW setzt. Dazu zählt eine starke Koordinierungsfunktion des Landes. Wenn wir Synergieeffekte beim Glasfaserausbau nutzen wollen, ist es längst Zeit, diese zu planen. Hier haben Bund und Land in den letzten Jahren viel zu lange geschlafen. Ich hoffe, dass die Förderprogramme in Zukunft nicht mehr an der Internetsteinzeit ausgerichtet werden. Die Bedingungen dieser Programme sind mittlerweile nur noch anachronistisch.

Gleichzeitig sehen sich das Land und die Regierung nicht in der Verantwortung, eine digitale Agenda für das Land aufzustellen. Mit dem Breitbandausbau alleine ist es nämlich noch lange nicht getan. Alle unsere Anträge und Vorschläge hierzu haben Sie vom Tisch gefegt. Das ist fahrlässig!

Einen weiteren Punkt möchte ich noch ansprechen. Es wird Zeit, moderne Standards vorzugeben, wie Wirkungskontrollen von Förderprogrammen auszu-sehen haben. Denn wie kann sonst eine ehrliche, ergebnisoffene Überprüfung der eingesetzten Mittel stattfinden? Derzeit überprüft die Regierung sich selbst. Dass in den veröffentlichten Berichten keine allzu kritischen Aussagen getroffen werden, ist doch glasklar.

Wir Abgeordneten haben den Auftrag, die Regierung zu kontrollieren. Das geht aber nur, wenn es eine unabhängige Evaluation gibt und wenn grundsätzlich alle Gutachten und Berichte sowie alle Prüfungsdaten veröffentlicht werden. Auch der Landesrechnungshof bemängelt, dass die Landesregierung die Vorgaben im Bereich der Wirkungskontrollen regelmäßig nicht einhält. Das muss sich ändern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist nicht so, wie man das als Opposition gerne beschreibt. Nordrhein-Westfalen ist und bleibt ein starkes Industrieland. Es bleibt ein starker Standort für innovative Dienstleistungen und bleibt ein starker Wirtschaftsstandort. Genau diese Linie, dass man auch mit dem entsprechenden Optimismus und mit der entsprechenden Entschlossenheit diese Maßgabe umsetzt, dokumentiert sich in diesem Einzelplan 14.

Wir können gerne die einzelnen Punkte durchgehen, die gerade schon angesprochen worden sind, die aber darüber hinausgehend auch aus meiner Sicht von entscheidender Bedeutung sind. Wie wir alle wissen, wird man damit immer noch nicht alles, was die Vielfalt dieses Landes ausmacht, abdecken.

Erster Punkt: In der Tat müssen wir uns auf das Thema „Innovation“ konzentrieren und eine wirkliche Innovationskultur in diesem Land beleben. Dafür sind Gründerinnen und Gründer von ganz entscheidender Bedeutung.

Wer in der Gründerwoche Deutschland 2014, die bundesweit stattgefunden hat, nach Nordrhein-Westfalen geguckt hat und sich angeschaut hat, wer beim Gründergipfel mit dabei war und wer an den verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen hat, die wir selbst als Land und als NRW.BANK organisiert haben, die aber zum Beispiel auch der Initiativkreis Ruhr ins Leben gerufen hat, um die Innovations- und Gründerkultur, die hier nicht besonders ausgeprägt war, zu stärken und ihr Flügel zu verleihen, hat gesehen, dass wir mit unseren Ansätzen, insbesondere auch mit den Unterstützungsmaßnahmen, die sich vielleicht nicht direkt im Einzelplan 14 wiederfinden, die aber über unsere Einflussnahme dann zum Beispiel auch in einer Veränderung der Programme für die Gründerinnen und Gründer der NRW.BANK zum Ausdruck kommen, einen ganz besonderen Schwerpunkt setzen.

Dieses Land braucht mehr Gründerinnen und Gründer, um seine Innovationskraft in Zukunft zu stärken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Zweiter Punkt: das große Thema „Industrie 4.0“. Wir sind uns wohl alle noch relativ einig, dass niemand in der Lage ist, in einem Satz zu definieren, was „Industrie 4.0“ in der Zukunft eigentlich bedeutet. Klar ist aber, dass es darum geht, die digitalen Chancen mit dem, was ich einmal „klassische Industrie“ nennen möchte, verknüpfen.

Beim IuK-Tag, an dem leider nur wenige, aber immerhin einige von Ihnen teilgenommen haben und bei dem enorm viele Experten aus Nordrhein-Westfalen, der ganzen Bundesrepublik und auch dem Ausland zugegen waren, um dieses Thema zu

diskutieren – übrigens inklusive der Gewerkschaften, die auch einen ganz wichtigen Beitrag zur Entwicklung von „Industrie 4.0“ leisten –, ist deutlich geworden, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Chance haben, uns bei diesem Thema im Wettbewerb an die Spitze zu setzen, die weit besser ist als die aller anderen Bundesländer.

An einem Ort, in dem die digitale Welt für Wachstum und für eine spannende Szene gesorgt hat, nämlich unserer Bundeshauptstadt Berlin, wird das besonders deutlich. Die dort ansässigen Firmen werden nicht die Kunden aus der klassischen Industrie vor Ort finden; denn diese Kunden sind hier in Nordrhein-Westfalen. Deswegen verstehen immer mehr Start-ups, verstehen immer mehr Unternehmen aus der digitalen Branche, dass sie hier – ob in Köln, in Düsseldorf, im Ruhrgebiet oder wo auch immer – in diesem Land den richtigen Ort finden, um voranzukommen.

An vielen Stellen fehlen uns allerdings noch die Bereitschaft und die Offenheit des Mittelstandes, sich diesem Thema wirklich zu widmen. Viele Untersuchungen, die ich nicht alle zitieren will, haben das belegt. Gerade in den mittelständischen Unternehmen – wir kennen die vielen Hidden Champions, die weltweit erfolgreich sind – ist das aber eine Riesenchance, um auch die Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft sicherzustellen. Deren Skepsis, deren Zurückhaltung ist insbesondere in der mangelnden oder jedenfalls nicht definierten Sicherheit begründet.

Wir haben auch die Chance – angefangen bei den Kompetenzzentren, beispielsweise beim Görtz Institut in Bochum, über viele andere, die dort ihren Beitrag leisten –, uns beim Thema „Sicherheit des Internets/Cybersicherheit“, bei der Machine-to-Machine-Kommunikation an die Spitze zu setzen. Diesen Rang sollten wir uns nicht ablaufen lassen, sondern dort massiv investieren – das wird in diesem Haushalt deutlich –, um unseren Standort als den Zukunftsstandort für „Industrie 4.0“ zu prägen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Dazu gehört auch – es ist angesprochen worden – das Thema „Breitband“. Wir brauchen die Diskussionen der Vergangenheit nicht zu wiederholen; da sind wir unterschiedlicher Auffassung, was die Nutzung verschiedener Instrumente angeht. Einig sind wir uns darin, glaube ich – das hat die Diskussion bis zu diesem Zeitpunkt gezeigt –, wie wichtig es ist, die Spitzenposition, die wir mit 70 % Versorgung mit 50 Mbit/s und mehr bereits haben, weiter auszubauen.

Deswegen sage ich Ihnen an dieser Stelle ohne Wenn und Aber zu: Die Erlöse aus der Versteigerung der 700-MHz-Frequenzen werden aller Voraussicht nach – nach Abzug der notwendigen Investitionen zur Umrüstung von Mikrofonen etc. –

häftig und nach den normalen Schlüsseln zwischen Bund und Ländern verteilt. Wir werden dieses Geld eins zu eins in den Ausbau von Breitband und Digitalisierungsinfrastruktur investieren und nicht irgendwo anders versickern lassen.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen noch etwas, weil immer wieder der Versuch unternommen wird, die in den Handlungsempfehlungen des runden Tisches genannten Punkte irgendwie ins Lächerliche zu ziehen:

Ich bin vor zwei Wochen im Kreis Euskirchen gewesen. Das ist eines unserer größten Sorgenkinder, wenn es um das Thema „Breitband“ geht. Die haben nämlich nicht die 70 %, die haben noch nicht einmal 50 % Versorgung mit 50 Mbit/s. Das muss also ein erster Schwerpunkt für solche Investitionen sein. Es ist ausgesprochen positiv aufgenommen worden – ich glaube, Landrat Rosenke gehört der CDU an, wenn ich richtig informiert bin –,

(Minister Guntram Schneider: So ist es!)

dass wir mit unseren Handlungsempfehlungen jemandem wie Herrn Landrat Rosenke den Rücken stärken.

Denn wir brauchen auch auf der kommunalen Ebene Koordinierungsfunktionen. Wir brauchen Beauftragte in den Kommunen, die sich des Themas annehmen. Es reicht nicht aus, nur Geld zur Verfügung zu stellen, sondern man braucht auch vor Ort das Know-how. Die Diskussion, die wir im Kreis Euskirchen haben führen können, hat bewiesen: Der eingeschlagene Weg mit den Handlungsempfehlungen des runden Tisches ist genau richtig. Das bestätigen uns auch Mitglieder der Oppositionsparteien.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Eng damit zusammen hängt das Thema „Innovationsökonomie“. Wie können wir dort für einen Schub sorgen? Ich bin davon überzeugt, dass wir nicht nur die digitalen Start-ups brauchen, sondern für die Attraktivität des Standorts brauchen wir unbedingt die gesamte Kreativwirtschaft. Raum für Kreative zu bieten, ist deswegen einer der Schwerpunkte der Landesregierung und meines Ministeriums. Wir haben nicht umsonst nicht irgendwelche Leitmärkte ausgewählt, wir gehen nicht mit der Gießkanne über das Land, und jeder bekommt ein bisschen, sondern wir setzen die Schwerpunkte.

Der erste Leitmarktaufruf, den wir durch zwei Veranstaltungen ins Werk gesetzt haben – einmal mit der Kollegin Schwall-Düren in Köln, einmal habe ich das in Dortmund selber gemacht –, war „CreateMedia.NRW“, weil wir diejenigen, die in unserem Land im Bereich der Kreativwirtschaft unterwegs sind, nach Kräften unterstützen wollen. Sie sind so etwas wie die Hefe in dem Teig unserer industriellen Kultur. Wir brauchen die jungen Kreativen, und deswe-

gen unterstützen wir sie auch so massiv, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Weil wir es in den nächsten Tagen an verschiedenen Stellen der Tagesordnung des Plenums noch diskutieren werden, will ich auf das Thema „Energie“, das natürlich entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes ist, nicht weiter eingehen. Aber wir können feststellen, dass sich das, was wir mit vereinten Kräften aus unterschiedlichen Richtungen bei der EEG-Reform für Nordrhein-Westfalen erreicht haben, durchaus sehen lassen kann.

Auf das Thema „Außenwirtschaft und Außenhandel“ ist bereits hingewiesen worden; dort sind wir die Nummer eins.

Ich will aber in einer Haushaltsrede auch sagen, dass wir mit großer Sorge sehen, welche Auswirkungen insbesondere die außenpolitischen Entscheidungen – mit Blick auf die Ukraine, mit Blick auf Russland – auf unsere Wirtschaft haben. Das ist nicht direkt von uns zu beeinflussen.

Daher – ich bin dem Kollegen Schneider sehr dankbar, dass er die Initiative mit eingebracht hat – brauchen wir die Scharfstellung aller Instrumente, auch was das Kurzarbeitergeld angeht, um den Unternehmen, die aufgrund dieser Situation in eine Schieflage geraten, helfen zu können. Nordrhein-westfälische Unternehmen dürfen in der Situation, die für manche schon sehr schwierig und zum Teil bedrohlich ist, nicht alleingelassen werden. Auch dafür treffen wir entsprechende Vorkehrungen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf zwei Punkte hinweisen, zum einen auf all das, was mit regionaler Strukturpolitik und regionaler Förderung zu tun hat: Das, was wir in der Innovationsregion Rheinisches Revier auf den Weg bringen, überlassen wir nicht der Region alleine, sondern wir stehen an deren Seite und werden die Projekte in der nächsten Zeit entwickeln. In der Emscher-Lippe-Region haben wir die Wirtschaftsförderung auf neue Beine gestellt und dem Ganzen jetzt einen neuen Schub verliehen. Wir lassen die Stadt Bochum – das Beispiel ist schon genannt worden – nicht alleine.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin, lassen Sie mich zum Schluss kommen.

Präsidentin Carina Gödecke: Gern.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Die Struktur unseres Landes ist nicht geprägt von wenigen großen, sondern von vielen kleinen und mittelständischen Familienunternehmen. Deswegen ist das Mittelstandsgesetz so wichtig. Deswegen ist die Clearingstelle so wichtig.

Ich sage Ihnen auch: Sie hätten es uns doch im Leben nicht zugetraut, dass wir sogar den Mut haben und uns klar dazu bekennen, dass zum Beispiel der LEP in die Clearingstelle geht. Wir meinen es ernst mit der mittelstandsfreundlichen Wirtschaftspolitik in diesem Land. Das ist keine leere Hülle, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Deswegen: Wir sind nicht diejenigen, die uns in Beharrungsvermögen ergehen, sondern der Haushalt bringt zum Ausdruck, dass wir auch Neues wagen. Wir pflegen den Standort, aber wir machen uns auch auf, neue Chancen zu ergreifen, und das sollten wir gemeinsam tun. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kufen nun das Wort.

Thomas Kufen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Duin, ich kann nur feststellen, das war wieder eine typische Duin-Rede: beschreibungsstark, durchsetzungsschwach. So kann man das am Ende zusammenfassen.

(Zuruf von der SPD: Halten Sie doch einmal etwas anderes als eine typische Kufen-Rede!)

Wir brauchen aber keinen Nachrichtensprecher als Wirtschaftsminister, sondern wir brauchen einen Minister, der für die nordrhein-westfälische Industrie, für den nordrhein-westfälischen Mittelstand und für das Handwerk etwas durchsetzt. Insofern ist es schon ganz entscheidend, ob Sie nur die richtigen Fragen stellen oder als Minister auch die richtigen Antworten liefern. Die sind Sie mit Blick auf Ihren Haushalt bisher schuldig geblieben.

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Kollegin Schneckenburger sagen. Mit Verlaub, Frau Kollegin, ich weiß nicht, was der Hinweis sollte, dass Herr Wüst aus dem Münsterland kommt. Abgesehen davon haben Sie sich selbst disqualifiziert, indem Sie zum Ausdruck gebracht haben, dass Sie von dem vollzogenen Strukturwandel im Münsterland offensichtlich noch nichts mitbekommen haben, davon auch keine Ahnung haben.

Frau Kollegin Schneckenburger, lassen Sie mich als Essener zur Dortmunderin sprechen. – Gut, Sie sind noch nicht einmal in Dortmund geboren.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Das ist doch so, oder? – Also, wir beiden Ruhris

(Dietmar Bell [SPD]: Echt international!)

können nicht zufrieden sein – darauf hat Herr Wüst Wert gelegt –, was den Strukturwandel angeht. Es ist aus unserer Sicht keine gute Entwicklung, wenn wir mittlerweile pro Kopf mehr Industriearbeitsplätze in Südwestfalen haben als im Ruhrgebiet. Das ist das Zeugnis, das er Ihnen hier ausgestellt hat. Damit können wir nicht zufrieden sein.

(Beifall von der CDU)

Minister Duin hat die Zusammenhänge zwischen Industrie und Energie noch einmal dargestellt. Da gibt es einen entscheidenden Punkt, gerade für das Energieland Nummer eins, das wir – das Verständnis haben wir – auch bleiben wollen. Wir wollen nicht nur Energieverbraucherland Nummer eins sein, sondern als Energieland Nummer eins, insbesondere mit Blick auf die konventionellen Kraftwerke, das Rückgrat unserer verlässlichen Energieversorgung darstellen.

Wir stellen aber fest, dass wir Entwicklungen immer nur hinterherlaufen, aktuell auch in dieser Woche. Wir stellen fest, dass wir bei den erneuerbaren Energien, zum Beispiel beim Thema Windenergie, den uns selbst gesteckten Ausbauzielen hinterherhinken, dass wir unsere Ziele beim KWK-Bereich nicht erreichen werden und dass die Energiewende am Ende nur dann ein Erfolg sein kann, wenn wir als erfolgreiche Volkswirtschaft in dieser wichtigen Frage bestehen.

Das heißt, es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere im industriellen Bereich, um den Erhalt der geschlossenen Wertschöpfungsketten und darum, weltweit einen exportorientierten modernen Mittelstand zu erreichen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Thomas Kufen (CDU): Alle weiteren Fragen der Energiepolitik werden wir sicherlich morgen und übermorgen noch besprechen können. Deshalb ist die Debatte über den Energieteil hier nicht zu Ende. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die größte Aufgabe im konventionellen Energiebereich des Wirtschaftsressorts besteht darin, den Strukturwandel zu gestalten. Bei der Steinkohle ist der Weg des Strukturwandels nicht nur vorgezeichnet, sondern er hat schon längst begonnen, und das vor Jahren. Wir sind hier also schon auf dem Weg. Es gibt aber natürlich heftige Umbrüche. Meine Kollegin Frau Schneckenburger ist eben schon kurz darauf eingegangen. Wir haben es hier also mit einem Strukturwandel bei der Steinkohle zu tun, der Verwerfungen zur Folge hat. Die müssen wir gemeinsam angehen. Deswegen finde ich es auch sinnvoll, dass der Haushalt in diesem Bereich zusätzliche Aufwendungen vorsieht.

Ausgehend von dem Strukturwandel bei der Steinkohle möchte ich den Blick aber noch in eine andere Richtung lenken; denn bei der Braunkohle müssen wir aus den Erfahrungen, die im Ruhrgebiet mit dem Wandel gewonnen wurden, lernen. Mit dem Prozess des Strukturwandels muss bei der Braunkohle früher angefangen werden. Deswegen ist es richtig, dass die Landesregierung das Projekt „Innovationsregion Rheinisches Revier“ initiiert hat. Damit bietet sich die Chance für eine Region, Energieregion zu bleiben.

(Unruhe)

Die Region Rheinisches Revier hat die Chance, nicht krampfhaft an alten, dreckigen, unflexiblen Techniken festhalten zu müssen, sondern zukunftsfähig mit erneuerbaren Energien, mit Klimaschutz und Effizienz sich aufzustellen und so auch in Zukunft Energieregion zu bleiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit das gelingt, müssen die Stärken der Region genutzt und auch vernetzt werden. Wissenschaft und Forschung ist dort in großem Maße vorhanden. Fachhochschulen, Elite-Uni und Forschungszentrum können und sollten für diese Ausrichtung auf Zukunftsenergien genutzt werden; sie werden dabei hilfreich sein.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch viele Unternehmen in dieser Region und in ganz Nordrhein-Westfalen haben die Zeichen der Zeit erkannt und engagieren sich in allen Bereichen des Klimaschutzes, beispielsweise bei erneuerbaren Energien, bei der Einsparung, bei der Effizienz.

Daher ist es genau richtig, dass mit dem in Arbeit befindlichen Klimaschutzplan diese Aktivitäten gebündelt und kanalisiert werden. Diese Initiativen von Unternehmen sind Investitionen in eine nachhaltige Zukunft und die Zukunftsfähigkeit von Industrie und Wirtschaft. Diese Initiativen werden sich auszahlen. Daher werden wir sie weiterhin unterstützen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Grundgeräuschpegel ist im Moment wieder relativ hoch. Das macht es den Rednerinnen und Rednern sehr schwer, sich zu konzentrieren.

Kollege Schmalenbach hat jetzt für die Piratenfraktion das Wort.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Liest man das Kapitel „Bergbau und Energie“ im Haushalt, so sticht eine Zahl ins Auge: 307 Millionen € Subventionen für die Steinkohle. Unser Land NRW scheint immer noch vor allem eines zu sein: Das Kohleland Nummer eins in Deutschland. 307 Millionen € werden für die Subventionierung des Steinkohlebergbaus eingestellt. Immerhin wird damit der sozialverträgliche Ausstieg finanziert, und wir stellen die Grundlage dieser Entscheidung auch nicht infrage.

Dennoch: Die notwendige Subventionierung des Ausstiegs ist einer Politik geschuldet, die immer auf Kohle gesetzt hat. Dabei hätte das Umdenken spätestens 1992 in Rio beginnen müssen. Damals einigte man sich auf internationaler Ebene zum ersten Mal auf ein Reduktionsziel für CO₂: 60 % weniger bis 2050.

Das Fatale daran ist: NRW scheint nicht dazugelernt zu haben. Immer noch hat man den Eindruck, NRW setzt weiterhin auf Kohlekraft. Der Abschied von der Steinkohleförderung wird langsam, aber sicher, vollzogen, aber die Braunkohle soll bleiben. Dabei muss man sich vor Augen führen, dass NRWs Dinosaurierkraftwerke alleine für fast 100 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr verantwortlich sind. Dieser Anteil ist seit 1992 um mehr als 10 Millionen Tonnen angestiegen. Was fehlt, ist ein Gesetz zum Ausstieg aus der Braunkohle.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir fordern es, die Grünen im Bund fordern es, und die Regierung im Kohleland NRW glaubt weiter an die Zukunft der Dinos. Das Ergebnis wird sein, auch in der Zukunft werden die Steuern in NRW für das Abwickeln alter Technologien versenkt werden. Statt Zukunft zu gestalten, wird Vergangenheit abgewickelt.

(Beifall von den PIRATEN)

Bei den Erneuerbaren steht Bayern vor Baden-Württemberg auf Rang 1. NRW landet als bevölkerungsreichstes Bundesland auf Rang 14. Dahinter positionieren sich nur noch das Saarland und Berlin – eine Schande für das bevölkerungsreichste Bundesland und für eine Regierung, an der die Grünen beteiligt sind, die Partei, die vor allen anderen für eine Energiewende eintrat. Heute ist sie zum Zuschauer geworden, der abnickt, was der große Koalitionspartner vorgibt. Zu sagen, NRW verschläft

die Energiewende, würde der Lage nicht gerecht. Wenn man sich ansieht, was hier geschieht, kommt man zu dem Schluss: NRW wehrt sich mit ganzer Kraft gegen die Energiewende.

Wende heißt nicht, sich für die Subventionierung der größten Energieverbraucher einzusetzen. Wende heißt nicht, weiter für die Umweltzerstörung im rheinischen Revier zu kämpfen. Wende heißt nicht, weiterhin auf Dinosaurierkraftwerke zu setzen. Die Regierung müsste alles tun, damit NRW endlich wieder Anschluss findet an Bayern, Baden-Württemberg und allen anderen Bundesländern, die weit vor uns liegen.

Auch Minister Duin müsste endlich erkennen, was heute Zukunft hat, nicht nur, aber auch wegen der Arbeitsplätze in unserem Land. Arbeitsplätze entstehen dort, wo erneuerbare Energien eingesetzt werden – in allen Bereichen, nicht nur bei der Stromerzeugung. Endlich muss begriffen werden, dass es um mehr geht als um Elektrizität. Die gesamte Energieversorgung muss auf erneuerbare Quellen umgestellt werden: Strom, Wärme und Mobilität. Hier müssen die Technologien entwickelt, die Anlagen gebaut und die Produkte hergestellt werden. Es gibt so viel zu tun für ein modernes Land mit gut ausgebildeten Menschen und erstklassigen Universitäten. Hier muss investiert und gefördert werden.

Es ist bitter zu sehen, wie eine Regierung weiter auf die Vergangenheit setzt und dabei den Anschluss verliert. Aus dem Kohleland Nummer eins muss endlich das Energieland Nummer eins werden, mit moderner Technologie in allen Bereichen: beim Strom, bei der Wärme und beim Verkehr. Übermorgen werden wir uns in der Aktuellen Stunde mit E.ON und den Folgen für unser Land beschäftigen. Der Kohle- und Atomriese hat vielleicht gerade noch rechtzeitig erkannt, dass fossile Energiegewinnung keine Zukunft hat.

Rot-Grün muss heute handeln, damit der Haushalt des Landes nicht weiter durch die Fehler der Vergangenheit belastet wird und Milliarden in die Abwicklung fließen, statt in Investitionen für die Zukunft. Wir erwarten, dass Sie endlich nach vorne schauen und vorneweggehen, damit NRW wieder den Platz bekommt, den es verdient hat. Energieland Nummer eins bei dem Einsatz der Erneuerbaren bei Strom, Wärme und Verkehr. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmalenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Das bleibt auch dabei. Dann schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 14.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7514, den Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer sich dem an-

schließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP und die Piratenfraktion. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 07
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses. Dieser trägt die Drucksachennummer 16/7507. Ich eröffne die Aussprache. Und als erster Redner hat Herr Kollege Kern für die CDU-Fraktion das Wort.

(Der Abgeordnete bleibt auf seinem Platz sitzen.)

– Wenn er möchte, hätte Herr Kollege Kern von der CDU-Fraktion das Wort. Wenn er nicht möchte, nehme ich jemand anderen.

(Heiterkeit)

Walter Kern (CDU): Danke schön. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Gesellschaftlich besteht Einigkeit darüber, dass der Ausbau der Angebote an Betreuungsplätzen ein wichtiger Baustein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Die CDU-Fraktion ist der Bundesregierung dankbar, dass sie sich in dem ersten Bundesprogramm zu Investitionsmitteln in Nordrhein-Westfalen mit 497 Millionen €, im zweiten mit 126,5 Millionen € und jetzt in der Avis mit 118,6 Millionen € beteiligt hat. Auch die Kommunen haben sehr viel getan. Das heißt, alle drei Ebenen arbeiten sehr stark daran, dass dieser Ausbau auch gelingt.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Revision des KiBiz erhebliche Probleme mit sich gebracht hat, weil die regierungstragenden Fraktionen von Rot-Grün und die Landesregierung bei der Anhörung die Ohren auf Durchzug gestellt haben.

(Beifall von der CDU)

Frei nach dem Motto: Das mag zwar alles stimmen, aber wir sehen das anders.

Wozu führt das? Die Erzieherinnen stehen mit dem Rücken zur Wand, weil zusätzliche Aufgaben auf sie übertragen wurden, obwohl es zuvor schon Überlastungsanzeigen gegeben hat. Das geht zu Lasten der Kinder.

Bei einer Veranstaltung des Erzbistums Paderborn am 20. September dieses Jahres in Dortmund, bei